

Weltgipfel zur Informationsgesellschaft

Vom 10. bis 12. Dezember 2003 findet in Genf der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS: World Summit on Information Society) statt. Organisiert wird er von der International Telecommunication Union (ITU) in Zusammenarbeit mit anderen UN-Sonderorganisationen wie dem Entwicklungsprogramm (UNDP), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), dem Umweltprogramm (UNEP) und der Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO). Seine Themenpalette ist sehr breit: Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien durch Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft; Zugang zu Information und Wissen; Entwicklung der menschlichen Ressourcen durch Bildung; Sicherheitsfragen in diesem Sektor; Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien für die Entwicklung der Dritten Welt; kulturelle Identität und sprachliche Vielfalt; lokale Inhalte und Medienentwicklung; Informationsgesellschaft mit menschlicher Perspektive.

Wie soll man diesen Weltgipfel einschätzen? Ist er mehr als ein weiteres teures Palaver auf der Weltbühne, das bestenfalls einige unverbindliche Erklärungen und Programme hervorbringt? Wird er sich, wie die ergebnislosen Debatten um eine Neue Internationale Informations- und Kommunikationsordnung der 70er Jahre, in ideologischen Grabenkämpfen erschöpfen? Zweifellos geht es bei diesem Gipfel um hohe Einsätze, denn es stoßen ganz verschiedene, teils sich aber auch überschneidende Interessen aufeinander, wie die Kontroversen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, Medienkonzernen und Nichtregierungsorganisationen schon im Vorfeld gezeigt haben. Außerdem tangiert dieser Sektor fast alle Lebensbereiche.

Die Kluft zwischen Nord und Süd in der Weltwirtschaft spiegelt sich in einem „digitalen Graben“ (digital divide) wider. So liegt die durchschnittliche Telefondichte in der Dritten Welt bei 5, in den Industriestaaten jedoch bei 54 pro 100 Einwohner. 80 Prozent der Weltbevölkerung haben überhaupt keinen Telefonanschluß. Ähnliches gilt für das Internet: Von 513 Millionen Anschlüssen weltweit Mitte 2001 waren nur vier Millionen in Afrika, davon 2,4 Millionen allein in Südafrika. Dabei verläuft der tiefste Graben innerhalb der armen Länder selbst zwischen den Städten und armen Regionen. Noch gravierender ist, daß fast eine Milliarde Menschen noch immer Analphabeten sind. Diese und ähnliche Indikatoren zeigen, wie wenig die Rede von der globalen Wissensgesellschaft bisher der Wirklichkeit entspricht.

Ein nicht minder großes Problem ist die Kommerzialisierung der Massenmedien, die heute zum größten Teil privatisiert und somit den Gesetzen eines rechtlich kaum geregelten Marktes unterworfen sind. Alle Informationssparten, Politik nicht weniger als Kultur oder Sport, sollen Gewinne abwerfen mit der Folge, daß auch

die Berichterstattung weitgehend von den Einschaltquoten abhängt, die ihrerseits die Höhe der Werbeeinnahmen bestimmen. Zudem ist die Machtkonzentration im Bereich der Medien weit fortgeschritten. Wenige große Konzerne in den Industrieländern beherrschen den Medienmarkt. Die Entwicklungsländer sind kaum mehr als Objekte, sei es als „Produzenten“ von Nachrichten über Katastrophen und Kriege, sei es als Werbemärkte für westliche Konsumgüter.

All dies hat weitreichende sozio-kulturelle Auswirkungen. So sind es vor allem die modernen Kommunikationsmittel, die das westliche Zivilisationsmodell täglich weltweit verbreiten, was tendenziell eine „Welteinheitskultur“ fördert. Dazu gehören Leitbilder wie Menschenrechte, Demokratie und Marktwirtschaft ebenso wie Produktionsweisen, Konsummuster und Freizeitverhalten. Vor allem der westliche Wohlstand übt hohe Anziehungskraft aus und weckt fast überall die Hoffnung auf „nachholende Entwicklung“. Dieser Trend ruft aber auch erhebliche Widerstände hervor, vor allem wenn diese Erwartungen enttäuscht werden. Man wendet sich bewußt wieder den eigenen Traditionen zu, was in einen Fundamentalismus bis hin zu terroristischen Akten münden kann.

Moderne Kommunikationsmittel haben auch die Politik verändert: Man denke an die Debatte um die Gefahren der Mediendemokratie. Umgekehrt ist das Internet in autoritären Gesellschaften zum wichtigsten Instrument für politische Kritik geworden, was den Prozeß der Demokratisierung unterstützt.

Welche Schlußfolgerungen lassen sich aus solchen Fakten ziehen? Nahezu alle Fachleute sind sich einig, daß Wissen und Information das wohl wichtigste Kapital sind, um sich in einer globalisierten Weltgesellschaft behaupten zu können. Daher ist auch der Zugang zu moderner Informations- und Kommunikationstechnologie von kaum zu überschätzender Bedeutung. In der heutigen Wissensgesellschaft ist dies eine zentrale Komponente ökonomischen Handelns, welche die transnationale Ausrichtung der Produktion beschleunigt und ganz neue Formen internationaler Arbeitsteilung geschaffen hat. Diese Technologie kann aber auch den Armen wirtschaftlich nützen, wie etwa das kleine Projekt „Manobi“ im Senegal zeigt. Dort werden die Bewohner ländlicher Regionen mit Hilfe von Mobiltelefonen über die Preise von Waren und Dienstleistungen in der Hauptstadt Dakar informiert. Bauern mit Zugang zu diesen Informationen konnten ihr Einkommen um bis zu 30 Prozent steigern.

Diese Beispiele zeigen, daß Information und Kommunikation und entsprechende Technologie nicht in sich gut oder schlecht sind. Sie sind vielmehr vielschichtige und ethisch ambivalente Medien, weil sie sich für ganz unterschiedliche und sogar gegensätzliche Ziele verwenden lassen. Man darf sie daher nicht einem allein auf Gewinn ausgerichteten Markt überlassen, sondern es braucht eine politisch gestaltete Rahmenordnung auf nationaler wie internationaler Ebene, um ihren Mißbrauch zu begrenzen und ihren Nutzen möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen. Der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft kann eine wichtige Etappe auf dem Weg dorthin sein, wenn ihm dies gelingt.

Johannes Müller SJ